

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Ortsbeirat Ruchheim	23.11.2015	öffentlich

## **Anfrage**

### **Anfrage des Mitgliedes der GRÜNEN im Ortsbeirat Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil Ruchheim**

Vorlage Nr.: 20152066

Für die Ortsbeiratssitzung am 23.11.2015 bitte ich die Stadtverwaltung um mündliche und schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

Wie begründet die Stadt Ludwigshafen, dass der Ortsbeirat Ruchheim zu den Unterbringungsmöglichkeiten im Stadtteil vor der Veröffentlichung in der Presse und der Vorstellung im Stadtrat weder informiert noch in Planungen einbezogen wurde?

Wie viele Flüchtlinge soll der Stadtteil Ruchheim voraussichtlich aufnehmen?

Wie viele Flüchtlinge sind bereits jetzt in Ruchheim untergebracht?

Welche Unterbringungsformen sind für Ruchheim geplant?

Bei der Unterbringung von Familien: Sind Kapazitäten der Kindergärten und der Schule zur Aufnahme der Kinder abgeklärt?

Wann soll die Realisierung der Maßnahmen lt. Präsentation Dillinger im Stadtrat zur Unterbringung von Asylbewerbern in Ruchheim erfolgen?

Welche Unterbringungsform sollte für den Standort „Nördlich A 650“ vorgesehen werden?

Wie wird die angemessene Betreuung von Flüchtlingen vor Ort in Ruchheim durch die Stadtverwaltung gewährleistet?

Wann wird die Ruchheimer Bevölkerung zu den Planungen im Stadtteil Ruchheim informiert?

## **Begründung:**

Zur Bewältigung der Unterbringung der großen Anzahl von Flüchtlingen in Ludwigshafen, ist die Aufnahme von Menschen im Stadtteil Ruchheim selbstverständlich. Nicht zu akzeptieren ist, dass Ortsbeirat und Bevölkerung aus der Presse von einem Teil der Planungen zur Flüchtlingsunterbringung in Ruchheim erfahren. Nach der Präsentation von Herrn Dillinger (Baudezernat) in der Stadtratssitzung vom 02.11.15 gehen die Überlegungen der Stadt offensichtlich über die Unterbringung von bis zu 162 Menschen in 2 oder 3 zu errichtenden Wohnhäusern hinaus.

Transparenz aller Erwägungen und eine umgehende Information der Ruchheimer Bevölkerung zur Flüchtlingsunterbringung im Stadtteil Ruchheim ist dringend erforderlich. Irritierend ist, dass trotz der massiven Ruchheimer Proteste und Hunderten von Einwendungen gegen den Kreuzungsumbau an der L524/L527 und für den Erhalt der Ackerflächen "Nördlich A650", an den Gewerbeplänen festgehalten werden soll. Die Verquickung der von der Bevölkerung abgelehnten Gewerbeentwicklung mit der Unterbringung von Flüchtlingen ist inakzeptabel.